

Kapital für den Aufschwung

Wenn es wieder aufwärtsgeht, kommen sich öffentliche Hand und private Wirtschaft in die Quere. Schulden treiben die Zinsen, und das erschwert die Kreditbeschaffung.

Von Kurt Schiltknecht

Vor rund einem Jahr drohte das internationale Bankensystem zusammenzubrechen. Das Gespenst einer Weltwirtschaftskrise ging um, und beinahe im Stundentakt wurden die Prognosen für das Wirtschaftswachstum nach unten revidiert. Doch einmal mehr haben sich dank der massiven Eingriffe der Notenbanken und Regierungen die Horrorszenarien der chronischen Schwarzmalerei als falsch erwiesen. Auch wenn im Bankensystem noch viele Probleme einer Lösung harren, kann heute ein Zusammenbruch des internationalen Bankensystems ausgeschlossen werden. Die aggressive Geldpolitik und staatliche Garantien für notleidende Banken stabilisierten die Finanzmärkte und schufen insbesondere in den Vereinigten Staaten die Voraussetzung für eine Wiederbelebung der Wirtschaft. Damit ist auch die Gefahr einer schweren und langanhaltenden Weltwirtschaftskrise vom Tisch. Der Einfluss der monetären und fiskalpolitischen Massnahmen schlägt sich inzwischen auch positiv in einzelnen Wirtschaftszahlen nieder. Für Euphorie ist es noch zu früh. Zum einen wird die Überwindung der Rezession vor allem in Europa noch einige Zeit beanspruchen. Da die Beschäftigung mit Verzögerung auf die Wirtschaftsentwicklung reagiert, wird die Arbeitslosigkeit vorerst hoch bleiben oder noch zunehmen. Zum anderen stehen wichtige Entscheidungen der Notenbanken und der Regierungen an, die für das langfristige Wachstum zentral sind. So müssen die Fiskal- und die Geldpolitik rasch normalisiert werden. Ein Festhalten am bisherigen geld- und fiskalpolitischen Kurs würde das langfristige Wachstum und die Preisstabilität gefährden.

In fast allen Ländern ist die Fiskalpolitik aus dem Ruder gelaufen. Die Defizite der öffentlichen Hand haben unvorstellbare Dimensionen erreicht. Sämtliche Dämme gegen zu hohe Staatsausgaben und Defizite scheinen gebrochen zu sein. Die Politiker nutzen die Gunst der Krise, um mit zusätzlichen Ausgaben Stimmung bei ihren Wählern zu machen. Selbst Strukturpolitik ist nicht mehr tabu. Was sich im Bereich der Autoindustrie abspielt, erinnert an die untauglichen und kostspieligen Versuche von Deutschland und Frankreich in den sechziger Jahren, mit Subventionen den Niedergang des Kohlebergbaus zu verhindern. Die Politiker wären gut beraten, wenn sie die Versuche aufgäben, mit staatlichen Geldern einmal erfolgreiche Industriezweige am Leben zu erhalten. Viel besser wären niedrigere Steuern, denn dies schafft den Unternehmungen Spielraum zur Entwicklung. Die Wirtschaftspolitik ist zu sehr auf die Erhaltung statt auf die Schaffung neuer Strukturen ausgerichtet. Vor allem während einer Rezession sollte darauf geachtet werden, dass die für ein hohes Wachstum notwendigen Anpassungen erleichtert werden. Unter dem Eindruck steigender Arbeitslosigkeit wird leider oft das Gegenteil gemacht und insbesondere die für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung erforderliche Flexibilität im Arbeitsmarkt eingeschränkt.

Politiker lieben Strukturermassnahmen, weil sie oft kurzfristig gut beobachtbare positive Wirkungen aufweisen. Um deren langfristige Kosten kümmert sich dagegen kaum jemand. Das Gleiche lässt sich für übersetzte Staatsausgaben und Budgetdefizite sagen. Solange die Rezession anhält, überwiegen die positiven Wirkungen, und die Finanzierung der Defizite stellt kein unüberwindbares Hindernis dar. Sobald sich aber die Wirtschaft belebt und die Notenbanken die geldpolitischen Zügel straffen müssen, kommen sich öffentliche Hand und Wirtschaft auf den Kreditmärkten in die Quere. Die Finanzierung der öffentlichen Schulden treibt die Zinsen in die Höhe und erschwert der Wirtschaft die Kreditbeschaffung. Dadurch fehlt ein Teil des für ein hohes nachhaltiges Wirtschaftswachstum erforderlichen Kapitals. Da die meisten Länder zurzeit keine Anstalten machen, ihre Fiskalpolitik in Ordnung zu bringen, wird in den nächsten Jahren das Wirtschaftswachstum in diesen Staaten bescheiden bleiben.

Auszeichnung für den Bundesrat

Eine löbliche Ausnahme bildet die Schweiz. Vor allem der Bundesrat liess sich von der allgemeinen Krisenhysterie kaum anstecken, und die Konjunkturprogramme hielten sich einigermaßen in Schranken. Dass sich der Bundesrat bereits jetzt Gedanken darüber macht, wie die rezessionsbedingten Steuerausfälle durch Sparmassnahmen wettgemacht werden könnten, zeichnet ihn zusätzlich aus. Wenn es gelingt, die Staatsausgaben und die Defizite weiterhin in Schranken zu halten, können in der Schweiz im Gegensatz zu den meisten anderen Industrieländern grosse Steuererhöhungen vermieden werden. Davon kann der Wirtschaftsstandort Schweiz in den kommenden Jahren stark profitieren. Ein erfolgreicher Steuerwettbewerb beginnt nicht mit der Schaffung von Speziallösungen für ausländische Gesellschaften oder reiche Ausländer. Auf die Dauer sind nur eine sinnvolle Beschränkung und ein effizienter Einsatz der Staatsausgaben erfolgversprechend. Ein solches Vorgehen hat zudem den Vorteil, dass die OECD nichts dagegen einwenden kann.

Kurt Schiltknecht ist Volkswirtschaftler, ausserordentlicher Professor an der Universität Basel und Verwaltungsrat